

Zu den Landtagswahlen.

* Leipzig, 3 Aug. Die Ergänzungswahlen zum Landtage stehen nahe bevor. Einunddreißig Sitze in der Kammer sind neu zu besetzen. Von dem Ausfalle dieser Wahlen hängt es ab, ob die liberale Partei, welche bisher, ihre verschiedenen Schattierungen zusammengerechnet, die Mehrheit in der II. Kammer behält, diese Mehrheit behaupten, vielleicht verstärken, oder ob sie zur Minderheit herabsinken soll. An zwei Parteien, nämlich die liberalen und die konservativen, ist es, das letztere zu verhindern, das erstere zur Wahrheit zu machen!

Auf nunmehr drei Landtagen (seit dem Inkrafttreten des neuen Wahlgesetzes) haben die liberalen Abgeordneten zur II. Kammer in ihrem Auftreten vor dem Lande einen Befund, welches ihre Ziele und ihre Wege sind, haben sie durch die That bewährt, daß ihnen das Wohl aller Klassen des Volkes, daß ihnen ein besonnenes, aber stetiger Fortschritt in der Gesetzgebung aufrichtig am Herzen liegt. Sie haben eine Reihe zeitgemäßer Reformen, theils von der Regierung in dankenswerther Bereitwilligkeit ihnen entgegengebracht, theils von ihnen selbst angeregt, mit Eifer gefördert und erfolgreich ins Leben geführt. Sie haben dabei gezeigt, daß sie ebenso in ihren Forderungen Maß zu halten und jede radicale Ueberstürzung zu vermeiden, als daß sie standhaft zu bleiben wissen, wo es gilt, unüberwindliche Hindernisse zu überwinden. Wesentlich mit durch ihre beharrlichen Anstrengungen sind jene wichtigen Verbesserungen in der Gesetzgebung zu Stande gekommen, welche den Gemeinden, insbesondere den Landgemeinden, ein erhöhtes Maß von Selbstständigkeit, den Bezirken eine bis dahin noch nicht gekannte Selbstverwaltung, den Bezirks- und Kreisangehörigen eine entscheidende Mitwirkung, sogar bei vielen Acten der Staatsverwaltung, der Volksschule eine zweckentsprechende sachmännische Aufsicht, einen engeren Zusammenhang mit Gemeinde und Altershaus und eine für die allgemeine Fortbildung des Volkes ersprießliche Ausdehnung ihrer Wirksamkeit über das eigentlich schulpflichtige Alter hinaus gesichert haben.

Sie haben durch eine sorgsame Controle der Ausgaben und Einnahmen des Staates das Interesse der Steuerzahler wahrgenommen, aber sie haben auch nicht gefehlt, wo es darauf ankam, dringenden materiellen oder geistigen Bedürfnissen des Volkes entgegenzukommen. Sie haben für Landwirthschaft und Gewerbe, für Kunst und Wissenschaft und für jeden sonstigen Wohlstands- und Bildungszweck allzeit eine freigebige Hand gehabt.

Sie haben sich angelegen sein lassen, und es ist ihnen gelungen, durch Vereinfachung des Geschäftsganges die Möglichkeit einer Abkürzung der Landtage zu erzielen.

Die liberale Partei wird nicht müde werden, im gleichen Geiste auf dem betretenen Wege weiter zu gehen. Wenn der nächste Landtag voraussichtlich die ständischen Thätigkeit weniger umfangreiche und tiefgreifende gesetzgeberische Aufgaben stellt, als die vorhergehenden, so wird sich dennoch der Volksoertretenden eine fruchtbarere Wirksamkeit eröffnen in der Beratung mancher im Anschluß an bereits vollendete Arbeiten der Landes- und Reichsgesetzgebung erforderlichen Maßregel, in der endgültigen Durchführung des beim letzten Landtage festgelegten neuen Besteuerungsmodus (wobei vielleicht auch manche in der Praxis hervorgetretene Uebelheit und Härte noch eine Milderung erfahren mag), endlich in um so sorgsamerer Beschäftigung mit den finanziellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten des Landes.

Die Ansicht, als ob die Landtage der Einzelstaaten an Werth und Wichtigkeit eingebüßt hätten und immer mehr einbüßen müßten mit der wachsenden Macht und Bedeutung des Reiches, — diese Ansicht weisen wir entschieden zurück. Je rücksichtsloser wir den Standpunkt vertreten, daß die großen Angelegenheiten der Nation, die ihrer Natur nach eine Gemeinlichkeit und Gleichartigkeit der Behandlung erfordern, zweckmäßigerweise nur von den Organen eben dieser Gemeinlichkeit und Gleichartigkeit den gesetzgeberischen Gewalt des Reiches, besorgt werden können, um so aufrichtiger halten wir andererseits fest an der Ueberzeugung, daß daneben ein reiches Feld fruchtbarer Wirkens fort und fort der selbstständigen Thätigkeit der Einzelstaaten gesichert ist und gesichert bleiben mag — auf den Gebieten der innern Verwaltung und Wohlstandspolizei, des Gemeindefens, der Kirche, des öffentlichen Unterrichts, der Pflege von Landwirtschaft und Gewerbe u. — und daß ein möglichst reger Wettstreit unter den Einzelstaaten auf diesen Gebieten, je nach den besonderen Bedürfnissen und Interessen eines jeden derselben, dem Reiche nur erwünscht und vortheilhaft sein kann.

Die liberale Partei bedarf, um das Vertrauen der Wähler auf sich zu lenken, keines neuen Programms. Betroffen kann sie auf ihre politische Vergangenheit verweisen, die offen vor den Augen des Volkes daliegt. Diejenigen Wählerklassen, welche bisher durch einen als liberal bewährten Abgeordneten vertreten waren, werden einem solchen ihr Vertrauen nicht entziehen. In solchen Wahlkreisen aber, in denen bis jetzt die liberale Partei noch nicht durch einen Abgeordneten nach ihrem Herzen vertreten war, wird es die Aufgabe unserer Parteigenossen sein, dahin zu streben, daß dies womöglich künftig der Fall sei. Und wenn

sie nur eifrig, regsam und einig sind, wird ihnen dies auch wenigstens hier und da gelingen.

Nicht jeder freilich ist liberal, der sich so nennt. So groß ist heutzutage bereits die Macht des liberalen Gedankens, daß kaum noch jemand sich offen als Gegner desselben zu bekennen wagt. Möge daher jede Wählerklasse, ehe sie für einen Candidaten sich entscheidet, erst zusehen, ob derselbe wirklich und aufrichtig frei und deutsch gesinnt sei oder sich bloß so stelle. Sie möge ferne prüfen, ob er Rath und Charakterfestigkeit genug besitze, um seine Ueberzeugung nicht nur in jeder Lage offen und frei zu bekennen, sondern auch, so oft dies nöthig, durch die That zu erhärten.

Und nun ein Wort an diejenigen unserer Parteigenossen, denen das Vertrauen ihrer Mitbürger in Mandat zum Landtage entgegenbringt! Möge keiner von diesen einer solchen Ehre, der höchsten, die dem Manne zu Theil werden mag, sich, wenn er nur irgend mit seinen Berufs- und Privatverhältnissen es vereinigen kann, entziehen!

Möge auch keiner der Annahme einer Candidatur etwa darum sich weigern, weil er sich für ungünstig in parlamentarischen Geschäften und darum für ungenügend zur Stelle eines Abgeordneten hält! Alles will gelernt sein und alles lernt sich, wenn nur das Eine nicht fehlt: Klarheit und Muth der Ueberzeugung und jene Selbstlosigkeit, der es immer nur um die Sache, nicht um die eigene Person zu thun ist. Wo diese Eigenschaften vorhanden sind — wenn auch nur erst im engeren Kreise — erprobt sich, da kann eine Wählerklasse auch dem parlamentarischen Reutunge getrost ihre Stimme geben und kann ein solcher getrost die Wahl annehmen: ist doch auch von den jetzigen Volksvertretern jeder einmal „ein Reutung“ gewesen!

Möge endlich, wer eine Candidatur übernommen hat auch nicht aus Bequemlichkeit, oder Vorbeugung, oder solcher Scheu sich dagegen sträuben, selbst vor den Wählern aufzutreten und persönlich seine Sache und die Sache der Partei, der er angehört, offen und männlich zu führen!

Und so, Parteigenossen, geht rüstig und rührig ans Werk! Bedenkt, daß das hochwichtige Recht des Wählens auch die gleich hochwichtige Pflicht in sich schließt, dieses Recht mit Eifer und nach bestem Wissen und Gewissen zu üben! Bleibe keiner zurück, wo es gilt, für den Sieg der liberalen Sache zu wirken! Sucht Hülfeleistung miteinander in den einzelnen Wahlkreisen, von Ort zu Ort, von Bezirk zu Bezirk; bildet Comités, haltet Besprechungen, erst in kleineren, dann in größeren Kreisen; seht euch nach Candidaten um, wenn ihr solche nicht schon habt; kurz, macht alles fertig und haltet euch gefaßt, damit die Wahlen, wenn sie ausgeschrieben werden, euch nicht unvorbereitet finden!

Das liberale Landtagscomité befolgt auch diesmal, wie stets, den Grundsat, nicht anderwärts in die Angelegenheiten der einzelnen Wahlkreise sich einzumischen, aber es ist bereit, mit Rath und That, soviel es kann, allen Parteigenossen im Lande beizustehen, welche den Wunsch danach ihm aussprechen.

Die vorstehende treffliche, sich streng an die Thatfachen haltende und keiner Partei zu nahe tretende Ansprache an die liberalen Wähler Sachsen ist in diesen Tagen in der Form eines Flugblattes von dem in der Landesversammlung zu Leipzig am 18. April d. J. bestellten Landtagswahlcomité verendet worden. Wärdten die warmen patriotischen Worte des Kuraturs in allen Wahlkreisen die rechte Beherzigung finden.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Aus Berlin schreibt man uns: Die Boten des deutschen Reiches treten, wie alljährlich, auch jetzt ihre Umlaufreisen an. In neuerer Zeit giebt aber fast jeder einzelne dieser Fälle Gelegenheit, von angeblich entstandenen Differenzen und dem möglichen Rücktritt der Boten zu sprechen. In diesem Sinne wurde bei Gelegenheit der Umlaufreise des Herrn von Reubell in einigen italienischen Blättern behauptet, derselbe hätte nur unter der Bedingung auf seinen Posten zurückkehren zu wollen erklärt, daß einzelne Prestigiumen in Berlin zum Scherz gebracht würden, welche die Haltung des italienischen Hofes in Bezug auf die kirchenpolitischen Fragen verdächtigten. Jetzt will man auch dem deutschen Hofschaffner am englischen Hofe, Grafen Münster, die Absicht imputiren, schon im Herbst seine Abberufung beantragen zu wollen. Alle diese Behauptungen emblemen natürlich jeder thatsächlichen Begründung. In diplomatischen Kreisen, in welchen man keinen Augenblick über die Unwahrheit solcher Angaben in Zweifel sein kann, müssen aber derartige scheinbar systematisch ausgebreitete Gerüchte entschieden verurtheilt werden. Wenn man auch geneigt ist, die politische Stoffarmuth der heissen Jahreszeit zu berücksichtigen, so glaubt man doch die Quelle dieser willkürlichen, wenn nicht böswilligen Erfindungen auf einer Seite suchen zu müssen, von welcher augenblicklich die größtmögliche Verwirrung der innern und äußern Angelegenheiten Deutschlands angestrebt wird.

Die „Deutsche Nachr.“ melden: Im Reichskanzleramt ist man eifrig mit der Aufstellung des Reichshaushaltsetats für 1876 beschäftigt, weil man denselben schon in den ersten Tagen der Herbstsession des Reichstages zur Vorlage zu

bringen wünscht. Wie wir schon öfters hervorgehoben in der Lage waren, soll in dem Ansatze der Ausgaben mit der größten Sparsamkeit vorgegangen werden, um womöglich das Gleichgewicht im Budget herzustellen. Das definitive Ergebniß läßt sich augenblicklich noch nicht übersehen, doch zweifelt man an untrügender Stelle nicht daran, daß eine, wenn auch mäßige, Erhöhung der Rationalarbeitskräfte wird eintreten müssen. Die über eine Mehrforderung des Kriegministeriums cursirenden Gerüchte entbehren, wie uns wiederholt versichert wird, der Begründung. Damit fällt natürlich auch die Angabe, daß die Mehrforderung sich auf 35 Millionen Mark beziffere. Wenn auch dem Kriegsmiester diese Verbesserungen dringender wünschenswerth erscheinen, so wird er sich doch streng in dem Rahmen der vom Reichstage festgesetzten Präsenziffer halten.

Das Ergebniß der am 26. Juli in Lauenburg vorgenommenen engeren Wahl hat sich dahin gestaltet, daß der Provinzialsteuerdirector Krieger mit 3356 Stimmen zum Reichstagsabgeordneten wiedergewählt ist, während auf den Landrath Grafen Bernstorff nur 2364 Stimmen fielen. Bei der ersten Wahl war der Exkurre dem Exkurre b. samtl. um etwa 100 Stimmen voraus und da Krieger der nationalliberalen Partei angehört, so gab jenes Parteienverhältniß den Feinden und Revidern dieser Partei willkommenen Anlaß zu allerlei Verhöhnungen. Da bei der Wahl von 1874 ein conservativer Candidat überhaupt nicht aufgestellt gewesen war, so sollte der j. g. Erfolg des Grafen Bernstorff klar beweisen, daß Krieger damals einmal nicht seiner nationalliberalen Parteistellung weichen, sondern auf den Namen des Fürsten Bismarck gewählet sei und weiter, daß die ganze nationalliberale Partei verloren sei, sobald der Reichskanzler „seine Hand von ihr ziehe.“ Unter diesem Gesichtspunkte gewann die definitive Entscheidung in dieser Lauenburger Wahlangelegenheit eine allgemeine Bedeutung, und sie ist, wie man sieht in befriedigender Weise zu Gunsten der nationalliberalen Partei ausgefallen. Der Sieg des nationalliberalen Candidaten ist um so glänzender, als sein Gegner der oberste Verwaltungsbeamte des Landes war und schwerlich irgend eine der zahlreichen, ihm durch diese Stellung gebotenen Handhaben unbenutzt gelassen hat. Trut doch der Graf Bernstorff persönlich und ausdrücklich mit dem Landrathspräsidenten in einer Proclamation vor das Land, um die Wähler zu ermahnen, bei der Stichwahl ihm ihre Stimme zu geben. Die Wählererschaft hat es jedoch vorgezogen, den Beweis zu liefern, daß selbst in Lauenburg sich eine liberale Majorität nicht auf den bloßen Wink eines Landrathes in eine conservative umwandeln läßt. Mit diesem Ausgange ist denn allen jenen guten Freunden, die über den „Rückgang des Nationalliberalismus“ etwas verfrühtes Triumphlied angesetzt hatten, ein arger Strich durch die Rechnung gemacht. Noch mehr aber, wenn von jener Seite behauptet wurde, daß die Rationalliberalen nur unter der Regide des Fürsten Bismarck zu siegen im Stande seien, so hat Graf Bernstorff dafür Sorge getragen, daß die Kriegerische Wahl gewissermaßen im Gegensatz zu dem Fürsten Bismarck zu Stande gekommen ist.

Am 31. Juli starb zu Cassel der besonders aus den lutherischen Verfassungskreislagen bekannte Oberbürgermeister Reubell. Mit ihm verliert Hessen eine mit den Verhältnissen und der neuen Geschichte des Landes in vieler Beziehung aufs engste verwachsene Persönlichkeit von einem in dem letzten Jahrzehnte weittragenden Einflusse, die lange in dunkeln wie nachher in helleren Zeiten im öffentlichen Leben vorkam. Friedrich Reubell war am 22. Januar 1806 in Cassel geboren, widmete sich Anfangs der Landwirthschaft, wurde dann Advocat in Herford und im Anfang der dreißiger Jahre Vertreter dieser Stadt in der lutherischen Ständeverammlung. Hier entfaltete er eine rege Thätigkeit, namentlich in finanziellen Angelegenheiten, ohne jedoch den Männern der Opposition gegen das System Hassenpflugs und seiner Nachfolger beigegeben werden zu können, weshalb ihn die Bewegung des Jahres 1848 nicht gerade empfing. 1850 stand er im Kampfe gegen Hassenpflugs verfassungfeindliche Pläne auf Seiten der Verfassung. Als sodann im Jahre 1850 Hr. Decker den ersten Anstoß zur Bewegung für Wiedererlangung der Verfassung gab, suchte man in Cassel, zumal es an Persönlichkeiten, die sich voranwogen, fehlte, den Thron und Taxis'schen Oberpostmeister Reubell heranzuziehen und wählte ihn zum Oberbürgermeister. Allein der Kurfürst versagte hartnäckig die Bestätigung. Nunmehr trat Reubell immer mehr in den Vordergrund und wurde einer der Mittelpunkte der liberalen Bewegung. Die nach Waghabe der sogenannten provisorischen Verfassung von 1852 zum dritten Male gewählte Zweite Kammer, welche sich gleich ihren Vorgängern für unzulässig erklärte, wählte ihn im Januar 1861 zum Präsidenten; ebenso die nach Herstellung der Verfassung von 1831 in den Jahren 1864 bis 1866 zusammengetretenen Ständeverfassungen. Hier war er erfolgreich bemüht, bei der Stagnation der Regierungsgeschäfte wenigstens in einigen Hauptpunkten Enderkennung zu erzielen. Als 1866 der preussische General von Deyer in Cassel eingezogen war und in der Sitzung des permanenten Ständesausschusses er-

schien, reichte er Reubell als dessen Vorstehenden die Hand mit dem Bemerken, daß er sie damit ganz Hessen reiche. Im Herbst 1866 wirkte Reubell für die Einberufung Curia's in die preussische Monarchie und war 1867 Mitglied der nach Berlin berufenen preussischen Vertrauensmänner-Conferenz. Am 4. December 1867 wurde er vom König als Mitglied des Herrenhauses auf Lebenszeit berufen und nahm an dessen hervorstechendsten Verhandlungen Theil. Als Oberbürgermeister von Cassel war er gleich nach der preussischen Besitznahme beauftragt worden. Der Tod Reubell's wird in ganz Hessen die lebhafteste Theilnahme finden und mit großer Dankbarkeit wird das Land das Andenken dieses Mannes ehren, dessen vermittelnden Bestrebungen es manche Vortheile verdankt.

Aus München wird vom 2. August gemeldet: Wie die heute erschienenen Merkurblätter übereinstimmend melden, soll das Ministerium die Ermächtigung erhalten haben, im Bundesrathe einer etwaigen Ausdehnung des Jesuitengesetzes auf die Orden der Franziskaner, Kapuziner und Carmeliter zuzustimmen.

Zur Einberufung und Eröffnung des neuen bairischen Landtags ist, wie „B. T. B.“ vom 1. August meldet, gutem Vernehmen nach der 27. September d. J. in Aussicht genommen. Bis zum 30. September muß nämlich dem Landtage das Budget vorgelegt sein. Wenn der deutsche Reichstag in der zweiten Hälfte des October zusammentritt, so werden die bairischen Kammeren vorerst nur wenige Wochen versammelt sein. — Der Fabrikdirector Kester hat das ihm von der Stadt München genehmigte Abgeordnetenmandat abgelehnt, an seiner Statt wird Professor Hausbofer eintreten. Derselbe ist Lehrer der Rationalökonomie an der polytechnischen Schule zu München.

Der „Kaiser. Ztg.“ wird aus Wien, 29. Juli geschrieben: Es ist vielleicht nicht uninteressant, zu erfahren, daß Ungarn die Forderungen, welche Deutschland seiner Zeit an die bairische Gesetzgebung gestellt, als so gerechtfertigt erachtet, daß es aus ganz freiem Antriebe sich anschickte, den Grundsat, des „Gesetzes Dacheine“ auch in seinem in der Ausarbeitung begriffenen neuen Strafgesetzbuch zum Ausdruck und zur Geltung zu bringen. Die betreffende Codificationscommission hat durch das Ministerium des Auswärtigen um den amtlichen Text jenes Gesetzes angefragt und in Brüssel hat man sich bereit, dem Ansuchen zu entsprechen.

Rathmässig zu dem Zwecke, wider die einwirkende „Vauheit“ anzukämpfen, soll also in diesem Jahre wieder eine Generalversammlung der katholischen Vereine Deutschlands abgehalten werden. Am bedenklichsten ist wohl die Situation in Baden, wo Bischof Dr. Reinens soeben in so vielen Orten gefeiert wird, und deshalb werden denn auch die katholischen Vereine durch den Commissar der Generalversammlung, Karl Fürsten zu Löwenstein-Wertheim, für die Zeit vom 1. bis 4. September nach Freiburg im Breisgau eingeladen. Gleichzeitig ladet das vorbereitende Comité, dessen Vorsitzender Max Graf v. Ramed ist, zu zahlreichem Erscheinen aller entschiedenen Katholiken ein. Die beiden letzten Generalversammlungen haben — wie der Kurier sagt — „wegen verschiedener nicht zu beseitigender Hindernisse“ ausfallen müssen. 1873 war der Rainzer Katholikenverein daran schuld, welcher die ganze ultramontane Agitation an sich griffen hatte und die Berufung der Generalversammlung unndthig erscheinen ließ. Im vergangenen Jahre bereitete das Kullmanns-Attentat das Zusammenkommen der Versammlung. Der Commissar, welcher einsehen mochte, daß der Nordversuch in Riffingen einen Nistgen in den Beratungen erwecken würde, erließ noch in letzter Stunde die Anzeige, daß die nach München ausgeschriebene Generalversammlung vertagt sei. Das Programm der dreijährigen Generalversammlung ist noch nicht bekannt. Nach den Einladungschriften des vorbereitenden Comités zu urtheilen, werden sich die Resolutionen voraussichtlich wieder gegen die kirchliche Politik der deutschen Regierungen richten.

Aus Wien wird vom 2. August gemeldet: Wie die heute zum ersten Male erschienene „Politische Correspondenz“ erfährt, sei zur Ausbringung der Mittel für die Beschaffung der neuen Geschütze die Aufnahme einer gemeinsamen Anleihe beider Reichshälften in Aussicht genommen. Durch eine solche werde die sofortige vollständige Neubewaffung der Artillerie ermöglicht werden. Gleichzeitig werde es auf diese Weise gelingen, die erwachsenden Lasten den gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen der beiden Monarchien entsprechend zu verteilen. — Wie dieselbe Correspondenz meldet, hat der nunmehr hier eingetroffene Fürst Milan von Serbien seine Reise nur in einer Privatangelegenheit unternommen. Dies schließt indessen nicht aus, daß der Fürst die Gelegenheit benutzen werde, um sich über die in diesen maßgebenden Kreisen hinsichtlich der jüngsten Vorgänge in der Herzegowina herrschenden Anschauungen zu informieren. Der Fürst wird acht Tage hier verweilen und sich alsdann direct nach Belgrad zurückbegeben.

Nach einer Mittheilung der „K. Fr. Pr.“ erstreckt sich der Kuffand in der Herzegowina auf sämtliche Ortschaften der Bezirke Redefinje, Stofak, einiger Ortschaften von Bileke und den westlichen Theil von Trebinje, d. h. von Redefinje bis an die Raventa und hinunter bis an die dal-